

NIEDERSCHRIFT
über die 6. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises
in der 11. Wahlperiode 2019/2024
in Göllheim, Haus Gylenheim
am Mittwoch, 01. Juli 2020, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführerin: Julia Mayer

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Guth eröffnet die 6. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 11. Wahlperiode 2019/2024 und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der 4. Sitzung des Kreistages vom 19.11.2019 und der 5. Sitzung des Kreistages vom 18.12.2019
2. Einwohnerfragestunde
3. Finanzlage der Kommunen
4. Bericht Psychiatriebeirat
5. Antrag Bündnis 90/Die Grünen betreffs des Beitritts zum Bündnis „Sichere Häfen“
6. Gemeinsamer Antrag von CDU, FWG und Bündnis 90/Die Grünen zur Aufstellung eines Mobilitätskonzeptes für den Donnersbergkreis
7. Gemeinsame Resolution von CDU, FWG und Bündnis 90/Die Grünen zur Finanzausstattung des Westpfalzkrankenhauses
8. Mitteilungen und Anfragen

B) Nicht öffentlicher Teil

1. Information Eilentscheidung Personalangelegenheiten
2. Personalangelegenheiten
 - a) Arbeitszeitänderungen
 - b) Einstellung

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 4. Sitzung des Kreistages vom 19.11.2019 und der 5. Sitzung des Kreistages vom 18.12.2019

I. Sachverhalt:

Auf eine entsprechende Nachfrage von Landrat Rainer Guth werden keine Änderungswünsche geäußert.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschriften der 4. Sitzung des Kreistages vom 19.11.2019 und der 5. Sitzung des Kreistages vom 18.12.2019.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde

I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Finanzlage der Kommunen

Michael Cullmann (SPD), Gerd Fuhrmann (SPD) und Christian Ritzmann (FDP) erscheinen zur Sitzung.

Eva Hoffmann (Abteilungsleiterin Recht, Gesundheit und Ausländerbehörde) stellt ihren Bericht zur Finanzausstattung der Gemeinden anhand der beiliegenden Power Point Präsentation vor.

Michael Vettermann (FDP) erscheint um 15.20 Uhr zur Sitzung.

Christian Ritzmann (FDP) erklärt, er habe bereits im Jahr 2010 auf die Probleme hingewiesen. Landrat Rainer Guth sei mit der Wirtschaftsförderung auf dem richtigen Weg, diese werde gebraucht, denn würde man die ökonomische Basis nicht stärken, habe man stetig ansteigende Prozentpunkte. Es werde eine höhere Effektivität gebraucht, man müsse eine Willkommensstruktur für Gewerbe schaffen, denn wenn man dies nicht schaffe, seien alle alle Bemühungen vergebens.

Rudolf Jacob (CDU) merkt an, die Zahlen, die rechtlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungen, seien für die wenigsten hier in diesem Kreistag überraschend, da die meisten in den Orts- oder Verbandsgemeinden als Ratsmitglieder oder Bürgermeister in Verantwortung stehen und diese Entwicklung auch schon seit vielen Jahren mitverfolgen. Es sei nur die halbe Wahrheit, ein Stück weit die Perspektive des Landes aufzuzeigen, warum man beim Land meine, dass es diese Schieflage bei den Kommunen gibt. Es werde argumentiert, die Kommunen nutzen ihre Einnahmemöglichkeiten nicht aus und da werde die Schuld für die finanzielle Schieflage der Kommunen den Ortsgemeinden, den Verbandsgemeinden, den Städten und Landkreisen zugeschoben. Die Schieflage rühre daher, dass das Land die Kommunen finanziell nicht ausreichend ausstatte. Zudem müsse man sehen, was in den letzten Jahren alles aus dem kommunalen Finanzausgleich herausgenommen wurde. Am Ende müsse es eine Mischung aus verschiedenen Maßnahmen sein, um auch die Kommunen in Rheinland-Pfalz finanziell zukunftssicher aufzustellen. Da müssen aber nicht nur die Kommunen Anstrengungen unternehmen, sondern in erster Linie seien hier Land und Bund gefordert. Man könne jetzt in Zeiten

von Corona, in denen viele Bürger nicht wissen, wie es bei ihnen privat weitergeht, wo Bund und Land entsprechend milliardenschwere Hilfsprogramme auflegen, um die Konjunktur anzukurbeln, nicht den Hebesatz der Grundsteuer B um fünfzig oder einhundert Punkte anheben. Dies sei all den Bemühungen gegenüber genau kontraproduktiv.

Michael Cullmann (SPD) erklärt, kommunaler Finanzausgleich sei auch etwas, über das man sicherlich diskutieren müsse. Alle, die in Spitzenverbänden tätig seien wüssten, dass es dort auch immer darum gehe, dass niemand von denjenigen, die den Haushaltsausgleich problemlos geschafft haben, derjenigen, die ihn nicht schaffen auch etwas abgeben. Da gebe es arme und reiche Landkreise, aber nur sehr wenige von denen, die wirtschaftlich gut aufgestellt sind, seien auch bereit, anderen etwas abzugeben. Es wäre absurd, in der jetzigen Zeit, die Grundsteuer zu erhöhen. Man habe die Gebühren für Wasser und Abwasser in der Darstellung nicht berücksichtigt, denn auch hier habe man in den unterschiedlichen Gemeinden auch verschiedene Belastungen.

Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) ist der Meinung, trotz dieser schlechten Haushaltslage, bei dieser schlechten finanziellen Ausstattung dürfe man nicht den Mut verlieren. Es werde den Kommunen natürlich nicht leicht fallen, Hebesätze anzuheben und dies müsse ausführlich besprochen werden. Der ländliche Raum soll attraktiv und wettbewerbsfähig gemacht werden und genauso wichtig sei die Investitionen für die Zukunft. Man müsse verschiedene Linien fahren, denn nur die Anhebung der Sätze, könne langfristig nicht die Lösung, sein. Die Hebesätze müsse man wahrscheinlich anheben, aber genauso müsse man auch mehr finanzielle Mittel auf anderen politischen Ebenen einfordern.

Steffen Antweiler (FWG) merkt an, mit dem Stichwort Rechnungshof sei eine wichtige und kritische Institution genannt worden. Den Rechnungshof kritisiere er an dieser Stelle, weil er Finanzpolitik mache, was nicht die Aufgabe des Rechnungshofes sei. Man habe als kommunalpolitisch Verantwortliche die wichtige Aufgabe, die Daseinsvorsorge politisch hier in der Region zu regeln. Man sei eine strukturschwache Region und, dass Daseinsvorsorge nur nach wirtschaftlichen Maßstäben und nach strukturellen Vergleichen über ein gesamtes Bundesgebiet gemessen werde, sei seines Erachtens die größte Gefahr in diesem System. Dies bringe einen dazu, die Dinge aus einem falschem Blickwinkel zu betrachten bzw. dargestellt zu bekommen.

Helmut Schmidt (Die Linke) entgegnet, die Schulden seien entstanden, weil man Aufgaben als Kommune aufgebürdet bekommen habe, die nicht gegenfinanziert worden seien. Man komme,

wie viele andere aus dem Schuldenturm nicht mehr raus und eine Erhöhung der Hebesätze würde daran auch nichts ändern.

Jaqueline Rauschkolb (SPD) sieht eine Erhöhung in der jetzigen Situation, in der viele Familien gar nicht wissen, wie es überhaupt weitergeht als sehr schwierig an. Man müsse hier diskutieren und die unterschiedlichen Lagen der finanzstärkeren und finanzschwächeren Kommunen betrachten. Viele Einnahmen, die die Kommunen in den letzten Jahren hatten, seien in diesem Jahr weggefallen. Die Diskussion könne man gerne zu einem anderen Zeitpunkt nochmals fortführen, jedoch sei es momentan nicht passend und generell schwierig Ergebnisse zu erzielen.

Landrat Rainer Guth schließt die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt nach regem Austausch.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht Psychiatriebeirat

I. Sachverhalt:

„Nach § 7 Abs.1 PsychKG obliegt den Landkreisen als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung die Planung und Koordination der Hilfen, die im Rahmen eine Gemeindepsychiatrischen Verbundes erbracht werden sollen. Für eine bedarfsgerechte Versorgung der psychisch kranken Personen sollen individuelle und institutionelle Hilfen im beratenden, ambulanten, teilstationären, stationären, komplementären und rehabilitativen Bereich gemeinde- und wohnortnah vorgehalten werden.

Es ist also Aufgabe des Landkreises im Rahmen der Daseinsfürsorge den Bestand der Versorgungsleistungen immer wieder an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Hierfür ist eine regelmäßige Bestandsaufnahme notwendig, um daraus Handlungsbedarfe ableiten zu können. Der Psychiatriebericht für den Donnersbergkreis wurde erstmals in 2003 aufgestellt und letztmals 2005 angepasst, so dass eine Neuauflage notwendig ist, um die aktuellen Bedarfe in die Planungen zur psychosozialen Versorgungsstruktur im Donnersbergkreis aufnehmen zu können.“

Eva Hoffmann stellt den Bericht des Psychiatriebeirats anhand einer Power Point Präsentation vor.

Landrat Rainer Guth bedankt sich bei Eva Hoffmann und den Kollegen und Kolleginnen vom Sozialpsychiatrischen Dienst.

Ursula Grünewald (B90/Die Grünen) bedankt sich für den ausführlichen und detaillierten Bericht. Die Situation im Donnersbergkreis sei damit sehr gut veranschaulicht worden. Gerade die Beratungsangebote und die Unterstützung für Menschen in psychosozialen Notlagen sei hier sehr deutlich aufgezeigt geworden. Die Arbeit jeder einzelnen Stelle sei sehr zufriedenstellend und könne somit auch weiterempfohlen werden. Jedoch sehe man die stationäre Unterbringung als problematisch an; hier gebe es wenig positive Rückmeldung der persönlich Betroffenen. Deshalb möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Donnersbergkreis bitten, die im

Psychiatriebericht benannten Empfehlungen zur Weiterentwicklung der gemeindenahen Versorgung als zukunftsweisende Aufgaben zu sehen.

Michael Cullmann (SPD) zeigt sich mit der Umsetzung zufrieden. Dies sei etwas sehr wichtiges, denn genauso wie man denjenigen brauche, der den gebrochenen Arm schiene, brauche man diejenigen, die die gebrochene Seele begleiten und behandeln.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises nimmt den Psychiatriebericht 2019/2020 der Kreisverwaltung Donnersbergkreis zur Kenntnis.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Antrag Bündnis 90/Die Grünen betreffs des Beitritts zum Bündnis „Sichere Häfen“

I. Sachverhalt:

Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) stellt den Antrag betreffs des Beitritts zum Bündnis „Sichere Häfen“ vor. Sie appelliert an die Mitglieder des Kreistages eine Zahl von minderjährigen Menschen aufzunehmen.

Landrat Rainer Guth bedankt sich bei Lisett Stuppy für den Antrag und deren Appell an die Mitglieder des Kreistages. Der Antrag sei bereits in der letzten Sitzung des Kreisausschuss auf die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Minderjähriger eingeschränkt worden.

Christa Mayer (SPD) ist der Meinung, man sei moralisch dazu verpflichtet diese Minderjährigen aufzunehmen und zu unterstützen. Die vielen Diskussionen seien für sie sehr widersprüchlich, denn die Menschlichkeit stehe hier ganz klar über dem finanziellen Aspekt. Sie ist überzeugt, dass eine Zusammenführung aller Parteien im Vorfeld zielführender gewesen wäre. Die SPD-Fraktion stimme jedoch dem Beitritt selbstverständlich zu.

Helmut Schmidt (Die Linke) erklärt, er könne dem Antrag der Fraktion B90/Die Grünen nicht folgen und lehne diesen, aus den in seinem Redebeitrag (siehe Anlage) genannten Gründen ab.

Jaqueline Rauschkolb (SPD) verdeutlicht, es sei sehr wichtig, ein Zeichen zu setzen. Auch wenn dies nicht die ureigenste Aufgabe des Landkreises sei, könne man diese Zustände nicht ignorieren.

Simone Huth-Haage (CDU) erklärt, Menschen aus Seenot zu retten, sei eine Selbstverständlichkeit, die hier niemand anzweifeln oder bestreiten würde. Sogar wenn Menschen sich selbst im Mittelmeer in diese Gefahr begeben, stehe ihnen natürlich eine Rettung zu. Aber dies dürfe nicht die automatische Überführung dieser Menschen in EU-

Hoheitsgebiet bedeuten. Durch den Beitritt zum Bündnis der „Sicheren Häfen“ unterstütze man hier hauptsächlich die Geschäfte der „Nicht-Regierungs-Organisationen“, die oft mit millionenschweren Spenden unterstützt werden. Dies seien kriminelle Strukturen und Schlepperbanden, die man hier unter dem vorgesehenen Deckmantel der Menschlichkeit und Humanität unterstütze. Dies sei ein Bundes- und ein Europarechtliches Thema, kein Thema im Donnersbergkreis. Im letzten Jahr habe der Donnersbergkreis 1.100 Menschen aufgenommen, was zeige wie hilfsbereit und weltoffen man bereits gewesen ist. Gerade auch aus humanitären Gründen müsse man den Antrag ablehnen, was sie damit auch machen werde.

Rudolf Jacob (CDU) merkt an, man fordere hier einerseits eine europäische Lösung nach entsprechenden Schlüsseln, die man in Deutschland habe und das werde in Deutschland auch funktionieren. Man könne der Bundesrepublik Deutschland insgesamt nicht vorwerfen, dass hier in den letzten Jahrzehnten in diesen Themen nicht solidarisch und humanitär gehandelt worden wäre. Gerade auch die Kommunen haben mittlerweile Probleme, den notwendigen Wohnraum bereit zu stellen. Wenn man hier der Meinung sei, dass man da mehr machen müsse, dann müsse er auch die Landtagsabgeordnete, die in einer der regierungstragenden Fraktionen sitze fragen, warum man das nicht auf Landesebene auf den Weg bringe und das dies dann eben auch auf Landesebene organisiere und finanziere. Denn die Problematik liege darin, dass es am Ende wieder bei den Kommunen ankomme und man hier die Herausforderung der Integration, der Unterbringung etc. habe. Daher ist er der Meinung, dass man hier in der Tat nicht mit der Unterstellung arbeiten sollte, dass jemand, der dies nicht mitträgt nicht emphatisch oder nicht menschlich denke. Das Thema sei viel zu facettenreich, um es auf diesen einfachen Nenner zu bringen, weshalb die CDU Fraktion diesen Antrag ablehne.

Ursula Grünewald (B90/Die Grünen) ist der Meinung, es sei moralisch verwerflich, den Flüchtlingen vorzuwerfen, sich Schlepperbanden unterzuordnen, um nach Europa zu gelangen. Oftmals haben diese keine andere Chance, als sich bei solchen Organisationen einzukaufen und für ihren Weg zu bezahlen. Die Verantwortung liege bei jedem einzelnen, weshalb sie es als richtig ansieht, dem Bündnis der „Sicheren Häfen“ beizutreten.

Dr Jamill Sabbagh (Kreisbeigeordneter) ist der Meinung, dieser Antrag zeige in der Tat wie gespalten der Kreistag sei. Wenn man außerhalb des Donnersbergkreises schaue, sehe man dass es trotz der vielen unterschiedlichen Parteien immer zu einer Mehrheit dieses Antrags führe. Es sei schade, dass man hier so diskutiere, wo es sich am Ende doch nur um die Aufnahme einer geringen Anzahl von Jugendlichen handle.

Tristan Werner (SPD) merkt an, man habe viel über Humanismus, über Menschlichkeit und auch über Zuständigkeiten gehört. Vielleicht sei es auch ein Teil der humanistischen Ideale, dass man manchmal eigene Bedenken, eigene Bedürfnisse hintenan stelle, wenn es um das Leben von Menschen gehe; und vielleicht gebe es zusätzlich zur Zuständigkeit von Land, Bund und Kommunen auch allumfassende Zuständigkeit derjenigen, die sich dieser menschlichen Ideale verschrieben haben. Die Differenzierung zwischen Personen, die unverschuldet in Seenot geraten sind und Personen, die verschuldet in Seenot geraten sind und die Andeutung, dass man diejenigen, die selbst dran Schuld seien, nicht mehr retten müsse, sehe er als nicht in Ordnung an. Unerheblich davon, sei es seiner Meinung nach sicherlich besser gewesen, den Antrag auf breitere Füße zu stellen.

Nach Winfried Hammerle (Freie Liste Nordpfalz) beschäftige man sich hier mit mit einer Aufgabe, die keine des Kreises sei. Die Mitglieder des Kreistages seien gewählte Vertreter des Donnersbergkreises und haben hier die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Donnersbergkreises zu vertreten und nicht irgendwelche Parteipolitik zu machen, die dann landesweit, bundesweit oder sogar europaweit angehängt sei. Der Kreis sei viel zu klein, um etwas verändern zu können. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nehme man bereits Flüchtlinge auf, weshalb er diesem Antrag nicht zustimmen könne.

Steffen Antweiler (FWG) erklärt, auch die FWG Fraktion habe sich intensiv mit dem Antrag beschäftigt. Es sei schade, dass man hier so kontrovers über eine Selbstverständlichkeit diskutieren müsse, wenn es um Humanität und Menschlichkeit gehe und auch, dass dies keine Frage des Geldes sein dürfe. Er stimmt Herrn Werner zu, dieses Thema sei sicher falsch angegangen worden und habe nicht unbedingt den idealen Weg in den Kreistag gefunden. Der Donnersbergkreis sei ein sicherer Hafen und hier werde seiner Wahrnehmung nach, sehr gute Integrationsarbeit geleistet. Im Ergebnis werde die FWG Fraktion den Antrag ablehnen.

Peter Funck (FWG) erklärt, er könne rational betrachtet viele andere Argumente auch nachvollziehen, weshalb er sich enthalten werde.

Claudia Manz-Knoll (SPD) merkt an, es sei bereits viel gesagt worden, auch um dieses Thema Parteipolitisch auszuschlachten. Als parteiloses Mitglied des Kreistages, sei diese Diskussion für sie auch sehr belastend. Man sollte sich daran erinnern, dass diese Kinder eine Perspektive verdient haben und wenn die Möglichkeit bestehe, diese zu unterstützen, sollte nicht überlegt werden, ob es sich tatsächlich lohne.

Landrat Rainer Guth kann sich Claudia Manz-Knoll anschließen. Hier gehe es um besonders schutzbedürftige und minderjährige Kinder und wenn es gelingen sollte diesen Kindern eine Perspektive im migrationsbewährten Donnersbergkreis zu geben, dann sollte man das auch tun und das auch über Parteiinteressen stellen. Auch er sehe die Antragsstellung, wie sie gelaufen sei, nicht als glücklichste Variante an, aber der Sache halber sollte man diesem Bündnis beitreten, weshalb er diesem Antrag auch zustimmen werde.

II. Beschluss:

Der Donnersbergkreis tritt dem Bündnis „Sichere Häfen“ bei, um sich durch die Vernetzung auf Bundes- und Landesebene aktiv an einer europäischen Lösung in der Migrationspolitik zu beteiligen. Der Donnersbergkreis sieht die Rettung von Menschen, die auf der Flucht über das Mittelmeer in Seenot geraten, als humanitäre und moralische Aufgabe an. Der Donnersbergkreis erklärt sich bereit, minderjährige unbegleitete und besonder schutzbedürftige Menschen aus humanitären Notlagen im Mittelmeer aufzunehmen und zu integrieren. Die Anzahl richtet sich nach den vorhandenen Kapazitäten in den Einrichtungen im Donnersbergkreis.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 14 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Der Antrag ist damit angenommen.

Gunther Rhein (CDU) verlässt die Sitzung.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Gemeinsamer Antrag von CDU, FWG und Bündnis 90/Die Grünen zur Aufstellung eines Mobilitätskonzeptes für den Donnersbergkreis

I. Sachverhalt:

Steffen Antweiler (FWG) stellt den Antrag zur Aufstellung eines Mobilitätskonzeptes für den Donnersbergkreis vor.

Michael Cullmann (SPD) erklärt, die SPD-Fraktion sehe den Antrag als unzureichend an und möchte diesen gerne um einige Punkte erweitern (siehe Anlage).

Klaus Hartmüller (CDU) verlässt die Sitzung.

Nach ausführlicher Diskussion schlägt Landrat Rainer Guth vor, die beiden Anträge zusammenzuführen und die konkrete Erarbeitung eines Konzeptes an den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Kreisentwicklung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Gustav Herzog (SPD) verlässt die Sitzung.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Gemeinsame Resolution von CDU, FWG und Bündnis
90/Die Grünen zur Finanzausstattung des
Westpfalzkrankenhauses

I. Sachverhalt:

Rudolf Jacob (CDU) erläutert die gemeinsame Resolution von CDU, FWG und Bündnis 90/Die Grünen zur Finanzausstattung des Westpfalzkrankenhauses.

Helmut Schmidt (Die Linke) Christian Ritzmann (FDP) und Jaqueline Rauschkolb (SPD) zeigen sich mit dem Antrag zufrieden und sichern ihre Unterstützung zu.

Michael Groß (SPD) bittet darum, den Antrag am Ende wie folgt zu ergänzen:

„Bund und Land werden aufgefordert, die Krankenhäuser und das Gesundheitswesen nicht wie ein produzierendes Unternehmen an der Auslastung zu bewerten. Die Forderung des Ärztepräsidenten Klaus Reinhardt, zur Vorhaltung eines ständigen Krisen-Puffers bei den Kliniken werde unterstützt. Wie Reinhardt betont muss ein Überhang an Kapazitäten vorgehalten und natürlich auch finanziert werden. Es darf auf keinen Fall einen Abbau von Kapazitäten oder Personal geben. Die Kosten für den Überhang müssen durch den Staat übernommen werden.“

Simone Huth-Haage (CDU) ist dankbar um die Ergänzung und appelliert an ihre Kollegen diesen Antrag ebenfalls zu unterstützen.

Landrat Rainer Guth stellt die gemeinsame Resolution von CDU, FWG und Bündnis 90/Die Grünen zur Finanzausstattung des Westpfalzkrankenhauses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Mitteilungen und Anfragen

I. Sachverhalt:

Landrat Guth informiert über die Auslagerung des Gesundheitsamtes, des Brand- und Katastrophenschutzes und des Donnersberg-Touristik-Verband e.V.

Bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen am 18.12.2019 wurde der Kreistag darüber informiert, dass aufgrund der gestiegenen Zahl an VZÄen eine Erweiterung des Kreishauses als zwingend notwendig erachtet wird.

Nun hat sich die Möglichkeit ergeben, frei werdende Räumlichkeiten der Firma Femeg in der Morschheimer Str. 9 in Kirchheimbolanden kurzfristig anzumieten. Der Mietpreis ist ortsüblich, die Räumlichkeiten mit einer Gesamtfläche von 510 qm ausreichend groß und entsprechend ausgestattet, um dort sowohl das Gesundheitsamt mit aktuell 14 Mitarbeitern (zuzüglich dem Mehrpersonal aufgrund der Corona-Pandemie) und den Brand- und Katastrophenschutz mit sechs Mitarbeitern und den jeweils dazugehörigen Sozial-, Besprechungs-, Labor- und Lagerräumlichkeiten unterzubringen.

Weiterhin soll der Donnersberg-Touristik-Verband e.V. dauerhaft in der Langgasse 1 in Kirchheimbolanden untergebracht werden. Die zentrale Lage am Römerplatz bietet sich als Touristikbüro geradezu an. Die Räumlichkeiten verfügen über eine Grundfläche von 155 qm, verteilt auf zwei Stockwerke. Eine Zusammenarbeit mit dem Touristikbüro der Stadt Kirchheimbolanden ist angedacht, sodass dann von dieser Seite mit einer finanziellen Beteiligung gerechnet werden kann.

Der Personalrat hat allen vorgenannten Auslagerungen in seiner Sitzung am 24.06.2020 zugestimmt. Die betroffenen Mitarbeiter sind informiert.

Die frei werdenden Flächen im Kreishaus sollen für Abteilungen genutzt werden, die derzeit über keine ausreichenden Platzkapazitäten verfügen.

Michael Groß (SPD), Jaqueline Rauschkolb (SPD), Ulrike Blasius (AfD), Michael Cullmann (SPD), Peter Funck (FWG), Alexander Groth (FWG), Simone Huth-Haage (CDU) und Helmut Schmidt (Die Linke) verlassen die Sitzung.

Landrat Rainer Guth dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 18.40 Uhr die Sitzung des Kreistages.

gez.
(Rainer Guth)
Vorsitzender

gez.
(Julia Mayer)
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 17.06.2020

Tag der Sitzung: 01.07.2020

Sitzungsort: Göllheim, Haus GylInheim, Hauptstraße 33

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.40 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 33

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 5

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführer/in: Julia Mayer